

Eine Hilfsaktion für die Staatsbeamten

Die Vorschläge des Deutschen Nationalverbandes.

Heute vormittags trat der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes im Abgeordnetenhaus zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst die neueste Hilfsaktion der Regierung für die Staatsbeamten zur Sprache gelangte. Die Abgeordneten Dentsch, Wäber und Dr. Koller berichteten über die Mitteilungen, die gestern der Finanzminister Dr. v. Spitzmüller in einer Konferenz gemacht hat, an der sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses teilgenommen haben. Der Finanzminister legte den Abgeordneten seine Vorschläge, die heute im Ministerrat zur Verhandlung kommen sollen, zur Begutachtung vor. Nach diesen Vorschlägen soll zu den bisherigen Teuerungszulagen für die Staatsbeamten ein Zuschlag kommen, der 50 bis 100 Prozent der bisherigen Teuerungszulagen beträgt. Von den Vertretern des Deutschen Nationalverbandes wurde in der gestrigen Konferenz verlangt, daß auch die Vertragsbeamten in gleicher Weise wie die definitiven Beamten bei der Aktion berücksichtigt werden, was aber vom Finanzminister nur zum Teil zugestanden wurde.

In der heutigen Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wurden nach längerer Debatte die Zugeständnisse der Regierung für vollkommene und ungenügend erklärt und beschlossen, dem Minister heute einen motivierten Vorschlag zu übermitteln, in dem eine entsprechende Erhöhung der Zuzahlungen verlangt wird, und zwar: 1. in der Form eines Ausstattungsbeitrages, 2. in der Richtung, daß die Auszahlung der Teuerungszulage nicht, wie die Regierung beabsichtigt, in zwei Raten, am 1. Juni und am 1. Oktober, sondern am 1. Juni in ihrer Gänze erfolge.

Die Organisation der österreichischen Beamten hat der Regierung ein Memorandum überreicht, in dem die Erhöhung der Gehälter um 100 Prozent und die Gewährung von besonderen Zuschlägen für verheiratete Beamte je nach der Zahl der Kinder verlangt wird.